

30. Jahrgang, Ausgabe 1, Pfingsten 2024

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: <https://www.eak-sachsenanhalt.de>

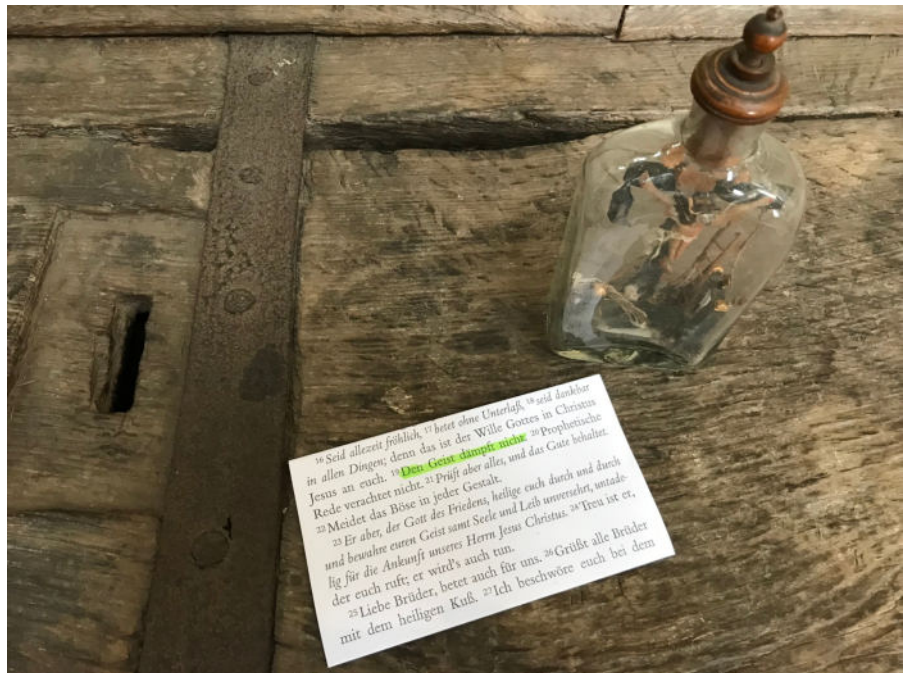
Den Geist dämpft nicht

So steht es im 1. Brief an die Thessalonicher, Kapitel 5, Vers 19: „Den Geist dämpft nicht“. Vier wunderbare Worte.

Als meine Mutter 2006 bei den Johannitern in der Berliner Finckensteinallee einzog, hing im Eingangsbereich des Hauses ein Plakat. „Johanniter haben die Aufgabe, die Feinde des Christentums zu dämpfen.“ – stand darauf. Ich war fasziniert. Dämpfen! Da denkt man erst mal an Kartoffeln. Dann an die Feinde des Christentums. Es sind viele Feinde. Christen sind in der Welt die größte Gruppe der Verfolgten. Daran ist immer auch in der Fürbitte zu denken.

Aus dieser Ausgabe

Den Geist dämpft nicht	1
Bekämpfung der Jugendkriminalität	3
Das C als Grundlage und Aufgabe	4
EAK trifft Landesbischof Kramer	9
Neue Synogogen	11
Christliches Kulturerbe	12
Mehnert für Europa	15
Kinderliteratur-tipp	16



„Den Geist dämpft nicht“, Tetzelt-Kasten im Magdeburger Dom
Foto ©Uhle-Wettler

Das biblische Pfingstwunder aus dem 2. Kapitel der Apostelgeschichte ist eine kulturelle Revolution in der Antike. Ich bewundere jede und jeden, der im Gottesdienst diesen Abschnitt liest und sich nicht verhaspelt.

Die Völker mit ihren Unterschieden verstehen einander plötzlich. Sie werden sich aber nicht zum Verwechseln ähnlich.



Jörg Uhle-Wettler ©privat

Der "Heilige Geist" bringt die Einheit ihrer Unterschiede ans Licht. Römer bleiben Römer, Elamiter bleiben Elamiter, Meder bleiben Meder. Kappadozier bleiben Kappadozier. Differenzierung ohne Feindschaft ... und vor allem OHNE GEWALT!

Es beginnt immer mit der Sprache. So oder so. Die Sprache ist der Schlüssel.

Kein Wunder also, dass die Beobachter des Wunders erst mal erschüttert werden.

Wenn man etwas nicht so richtig an sich heranlassen will, erklärt man die anderen erst mal für verrückt.

Das heilsame Durcheinander in der Gemeinde bringt halt auch Denkmuster durcheinander.

Gottes Heilige Geistkraft kommt von außen, um den Menschen auch aus seinen mörderischen Trieben und dem trostlosen Kampf des Eigeninteresses zu befreien. Tiere und Pflanzen brauchen keinen Heiligen Geist.

GEISTLOSE Menschen sind die gefährlichste Schwachstelle der irdischen Schöpfung.

Leider erreicht Gottes Heilige Geistkraft nur einen Bruchteil der Menschen - und nicht jeder, der sie verspürt, hat sie auch empfangen. Das ist nichts Neues. Irgendwann zeigt es sich, wessen Geistes Kind man wirklich ist oder ob man von allen guten Geistern verlassen ist.

Dietrich Bonhoeffer, der kluge Theologe, der kurz

vor Kriegsende auf persönlichen Befehl von Adolf Hitler noch hingerichtet wurde, hat die Gefahren der Dummheit beschrieben. Seine Worte sind in der Welt geblieben – die Dummheit leider auch.

„Gegen die Dummheit sind wir wehrlos. Weder mit Protesten noch durch Gewalt lässt sich hier etwas ausrichten; Gründe verfangen nicht; Tatsachen, die dem eigenen Vorurteil widersprechen, brauchen einfach nicht geglaubt zu werden – in solchen Fällen wird der Dumme sogar kritisch –, und wenn sie unausweichlich sind, können sie einfach als nichtssagende Einzelfälle beiseitegeschoben werden.

Dabei ist der Dumme im Unterschied zum Bösen restlos mit sich selbst zufrieden; ja, er wird sogar gefährlich, indem er leicht gereizt zum Angriff übergeht. Daher ist dem Dummen gegenüber mehr Vorsicht geboten als gegenüber dem Bösen. [...]

So viel ist sicher, dass die Dummheit nicht wesentlich ein intellektueller, sondern ein menschlicher Defekt ist. Es gibt intellektuell außerordentlich bewegliche Menschen, die dumm sind, und intellektuell sehr Schwerfällige, die alles andere als dumm sind. [...]“

Der Heilige Geist wirkt in dieser von Dummheit gezeichneten Welt.

Der Heilige Geist wirkt in dieser Welt, damit die Stummen ihre Sprachfähigkeit wiedererlangen.

Der Heilige Geist wirkt in dieser Welt, damit den Blinden die Augen geöffnet werden.

Der Heilige Geist wirkt in dieser Welt, damit die Lahmen beflügelt werden.

Der heilige Geist wirkt in dieser Welt, damit die Nächstenliebe über die Feindseligkeiten siegt. Alle Feindseligkeiten. Versöhnung statt Verhöhnung!

Den Heiligen Geist kann man nicht manipulieren. Er kommt ohne unsere Kraftanstrengungen aus und wirkt aufsprudelnd, zunächst unauffällig, aufbrechend von unten – ist nie erzwingbar.

EAK-Heft-Lesende sollten Rutengängern gleich, ihre Gemeinde durchstreifen, nach Quellen suchend, die ohne das eigene Zutun sprudeln können – Pardon – müssen.

Und glaub-würdig bleiben.

Gesegnetes Fest!

Jörg Uhle-Wettler

Domprediger Magdeburg

Bekämpfung der Jugendkriminalität

Psalm 25, 7: *„Gedenke nicht der Sünden meiner Jugend und meiner Übertretungen; gedenke aber meiner nach deiner Barmherzigkeit, Herr, um deiner Güte willen!“*

Die Kritik an den Jüngsten unserer Gesellschaft ist bereits mehrere Tausend Jahre alt. Schlechte Manieren sollen sie haben, die Jungen, und die Autorität verachten, monierte schon Sokrates mehrere Hundert Jahre vor Christus. Sollte eine solche Kritik aber nicht immer zugleich eine Kritik in unsere Richtung sein? Ist es nicht auch ein Symptom gesellschaftlichen Versagens, wenn jugendliche Biographien nur karge Ernten hervorbringen oder gar scheitern?

Die Kinder und Jugendlichen unter uns sind die Verwundbarsten unserer Gesellschaft. Es liegt in unserer Verantwortung für einen sozial-gesellschaftlichen Raum zu sorgen, in dem Kinder und Jugendliche Fürsorge und Schutz erfahren und zu ihrer individuellen persönlichen Reife gelangen können. Zum Erwachsenwerden und zur Selbstfindung gehört es selbstredend dazu, Chancen und Grenzen auszuloten und sich auch einmal zu verlaufen.

Naiver Leichtsinn, falscher Mut, ein dysfunktionales Familiengerüst, aber auch die durch Social-Media-Plattformen tagtäglich an unsere Kinder und Jugendliche kommunizierte ungesunde und verzerrte Art zu leben, laden jedoch immer wieder dazu ein, dass Jungen und Mädchen äußert schwerwiegende falsche Entscheidungen treffen, schlimme Handlungen vollziehen und einen für sich und andere schmerzlichen weiteren Lebensweg einschlagen. Mit Erschrecken müssen wir feststellen, dass immer öfter reißerische Titel wie „Wenn Kinder töten“ oder „Mord unter Kindern“ die Schlagzeilen unserer Alltagsmedien bestimmen. Der Anstieg der polizeilich erfassten Kinder- und Jugenddelinquenz in Deutschland und in Sachsen-Anhalt erfährt viel öffentliche Aufmerksamkeit.

Wir müssen uns dabei aber ins Bewusstsein rufen, dass es an uns liegt, dass Kinder und Jugendliche in einer Welt aufwachsen können, die sie unterstützt, fördert und beschützt, die sie aber auch konsequent anhält, berät und lenkt, wenn Kindheit und Jugend - insbesondere im kriminellen Kontext - aus dem Takt geraten.

In diesem Zusammenhang müssen wir neuen Methoden offen gegenüber treten und uns an Instrumente gewöhnen, um diese Ziele bestmöglich zu erreichen. Die Verknüpfung des Jugendstrafverfahrens beispielsweise mit gezielten pädagogischen und sozialen Angeboten für strafrechtlich auffällige Jugendliche und Heranwachsende sowie eine effiziente Verbesserung der Verfahrensabläufe beim Verhüten, Verfolgen und Ahnden von Jugendkriminalität durch ein schnelles, enges interdisziplinäres Zusammenwirken von Polizei, Jugendamt, Staatsanwaltschaft, sozialen Vereinen und anderen Behörden könnte beispielsweise in die Idee der Häuser des Jugendrechts münden. Damit könnte ein

gesellschaftlicher Erziehungsbeitrag unter einem Dach konkret für jedes einzelne Individuum in der jeweiligen Region sichergestellt werden; denn das gesamte Jugendstrafverfahren muss wegen der beschuldigten jungen Menschen gerade auf die persönlichen erzieherischen Bedürfnisse zentriert sein. Die Sinnhaftigkeit eines solchen Vorhabens beschäftigt gerade mein Haus. Ob eine noch engere und zügigere Handlungsfähigkeit aller Akteure erforderlich ist, wird eine stetige Analyse zeigen.



Min. Franziska Weidinger ©MJ LSA

Eine weitere moderne Maßnahme zur effektiven Bewältigung von Jugendkriminalität in ihrer frühen, leichteren Erscheinungsform, stellt die Etablierung sogenannter Schüलगremien mit Schüलगerrichtern durch die Justiz in Sachsen-Anhalt dar. Bei den Schüलगerrichtern handelt es sich um über mehrere Monate ausgebildete Schüलगerrichten und Schüलगerrichten, die als „Gericht“ über Straftaten Gleichaltriger, etwa bei leichten Fällen von Diebstahl, Beleidigung oder Körperverletzung, entscheiden und etwaige Sanktionen verhängen. Sanktionen können hier zum Beispiel eine Entschuldigung, die Absolvierung gemeinnütziger Arbeitsstunden oder die Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs sein. In 2008 wurde ein solches Schüलगerricht im Harz gegründet. Seitdem sorgen über 90 Schüलगerrichten im Alter von 14 bis 18 Jahren für Recht und das mit großem Erfolg: Genauso wie

sich junge Menschen von Influencern fasziniert beeinflussen lassen, wirkt auch ernster Tadel unter Gleichaltrigen besonders intensiv. Vor diesem Hintergrund ist für dieses Jahr die Ausweitung des Projektes geplant.



JVA Burg ©Jens Schlüter

Das moderne Zeitalter bietet viele Möglichkeiten, um den legalen Boden unbedacht zu verlassen: Der Weg für junge Menschen ist nicht weit, um von Hasskriminalität bzw. Cybermobbing, sowohl in der Rolle des Täters als auch der des Opfers, betroffen zu sein. Aber auch im legalen Kontext müssen wir besonders Acht geben: Durch das Inkrafttreten des sogenannten Cannabisgesetzes im April dieses Jahres wurde eine weitere Gefahrenquelle geschaffen, welche die jugendliche Neugier schnell beflügeln wird. Es obliegt unserer Verantwortung, gesetzliche und soziale Mechanismen aufzubauen, die einem missbräuchlichen Konsum unter Jüngeren effektiv vorbeugen können.

Wir können für die Jüngsten unseres Miteinanders gerade im Jahre 2024 nur dann umfassend Fürsorge leisten, wenn uns eine hierauf bezogene Pfllichtschuldigkeit im Gewissen selbst entspringt. Kindliches und jugendliches Handeln ist nämlich niemals losgelöst von der Außenwelt, in der Kinder und Jugendliche leben und aufwachsen. Nur wenn wir das Richtige tun, tun es auch unsere Töchter und Söhne, Enkelinnen und Enkel, Nichten und Neffen - nicht anders war es schon vor Tausend Jahren.

Franziska Weidinger
Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt

Das C als Grundlage und Aufgabe: Auf dem Weg zum neuen CDU-Grundsatzprogramm

Ein persönlicher Kommentar von Christian Meißner

I.

Anfang Mai dieses Jahres wird der 36. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

(CDU) in Berlin das neue Grundsatzprogramm beschließen. Damit wird zugleich der am längsten dauernde Grundsatzprogrammprozess in der Geschichte der Partei seinen Abschluss gefunden haben. Volle sechs Jahre hat es nämlich gedauert, um nun endlich das vierte Grundsatzprogramm nach den CDU-Grundsatzprogrammen von 1978, 1994 und 2007 ins sichere Ziel zu bringen.

Das letzte Grundsatzprogramm von 2007, das sich in seinen zentralen Grundbegriffen zur „C“-Fundierung sowie seinen grundlegenden programmatischen Akzentsetzungen und Werteperspektiven immer noch sehen lassen kann, hat im Vergleich dazu nur zwei Jahre Erarbeitungszeit benötigt, obwohl der damalige Grundsatzprogrammprozess fast unmittelbar mit dem Beginn der neuen Regierungsverantwortung im Jahr 2005 einsetzte.

Stand das 2007er Programm seiner Zeit noch unter dem Zeichen des Neuaufbruches der Regierungsverantwortung der Union im Bund sowie der sehr erfolgreich beginnenden Kanzlerschaft Angela Merkels, wird „In Freiheit leben“ nun in einer ausgesprochenen Krisenzeit das Licht der Welt erblicken. Das zeigt sich auch am Untertitel: „Deutschland sicher in die Zukunft führen“. Das Grundsatzprogramm von 2024 ist insofern durch und durch von den harten und ungemütlichen Realitäten unserer neuen Weltunordnung geprägt. Es ist die Frucht einer Phase äußerer und innerer Krisenbewältigung, völlig neuer Unübersichtlichkeiten, gewaltiger gesellschaftlicher und politischer Umbrüche und schier nicht abreißen wollender Katastrophemeldungen.

II.

Bereits kurz nach der Wahl zur neuen CDU-Generalsekretärin im Februar 2018, wohlgermerkt noch unter dem Parteivorsitz von Bundeskanzlerin Angela Merkel, präsentierte Annegret Kramp-Karrenbauer ihre Idee zur Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes. Das war insofern etwas überraschend, als dass das bereits erwähnte Grundsatzprogramm von 2007 ja gerade erst einmal zehn Jahre alt geworden war und sich aufgrund seiner vortrefflichen programmatischen Grundbestimmungen bis dato noch eines sehr großen Zuspruches erfreute.

Aus einer dezidiert wertebundenen und genuin theologisch-ethischen Perspektive muss an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich festgehalten werden, dass die besonders trefflichen und begrifflich präzisen Formulierungen insbesondere in Bezug auf das „C“-Fundament unserer Partei in den Eingangskapiteln von „Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland“ kongenial und zeitlos formuliert worden sind.

Außerdem war es 2007 gelungen, einen zentralen Gedanken zum Christlichen Menschenbild neu zu implementieren, der gegenüber den Eingangsbestimmungen der Vorgängerprogramme von 1994 und 1978 eine wichtige begriffliche Präzisierung in Bezug auf den Menschenwürdegedanken hineinbrachte, nämlich den biblisch-theologischen Verweis auf die Gottesebenbildlichkeit des Menschen: „Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Aus dem christlichen Bild vom Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen.“¹

Allein dieses Beispiel zeigt deutlich, wie sehr sich „Freiheit und Sicherheit“ – gerade in Bezug auf die „C“-gebundenen Grundwertefragen und die Fundierung im Christlichen Menschenbild – noch in voller, selbstverständlicher und ungebrochener Kontinuität zu den Vorgängerprogrammen verstand. Die fundamentalen Grundbestimmungen christdemokratischer Identität aus den früheren Grundsatzprogrammen wurden durch behutsame Neuformulierungen und kluge Neukontextualisierungen in sachgemäßer Weise aktualisierend fortgeschrieben. So folgte auch die Gliederung des 2007er Programms letztlich noch genau dem Grundaufriß, der in den 70er Jahren von historischen Partei-Granden, wie z.B. Richard von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler, kongenial begründet worden war.

Es war diese ungemein kluge und geglückte Fortschreibung bzw. Aktualisierung der bleibend bedeutsamen und tragenden Fundamente, die „Freiheit und Sicherheit“ von 2007 – vor allem aus Sicht des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) – zu einem ausgesprochen gelungenen Grundsatzprogramm gemacht hatte. Unnötig zu erwähnen, dass sich der EAK – schon damals unter dem Bundesvorsitz von Thomas Rachel – besonders intensiv in den gesamten damaligen Grundsatzprogrammprozess miteingebracht hatte und in den entscheidenden inhaltlichen Erarbeitungsphasen bleibende Akzente zu setzen wusste.

Daher herrschte im Februar 2018 – vor allem in den denkerisch stets anspruchsvollen Kreisen des EAK – zunächst eine gewisse kritische Zurückhaltung, sowohl in Bezug auf das etwas zu plakativ vorgetragene Modernisierungs- und Erneuerungspathos als auch auf die z.T. begrifflich wenig durchdacht anmutende Art und Weise, mit der jetzt plötzlich ein erneuter CDU-Grundsatzprogrammprozess angekündigt wurde. Hieraus resultierte deshalb die zunächst rein intuitive Sorge, dass ein womöglich aus einem gerüttelten Maß an purem Aktionismus erwachsenes, schlimmstenfalls übers Knie gebrochenes und plakativ „modernisiertes“

CDU-Grundsatzprogramm die große Gefahr in sich bergen würde, dass davon auch viele der traditionellen, inhaltlich bewährten und substanzhaltigen Grundbegriffe – insbesondere in Bezug auf das Christliche Menschenbild sowie die sich aus dem christlichen Glauben herleitenden Grundwerte – beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Und diese Sorge sollte sich leider – zumindest über eine gewisse Wegstrecke hinweg – als nicht ganz unberechtigt erweisen.



Pastor Christian Meißner Bundesgeschäftsführer
©EAK Bundesgeschäftsstelle

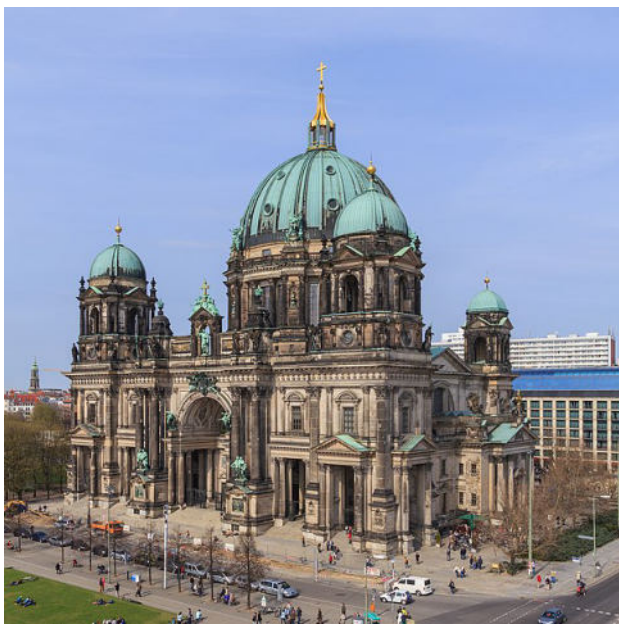
III.

Der beeindruckende Fahrplan zur Erarbeitung des vierten Grundsatzprogrammes in der Geschichte der CDU, nach dem offiziellen Startschuss auf dem 30. Parteitag im Februar 2018 in Berlin, sah zunächst eine halbjährige, bundesweite „Zuhör-Tour“ der Generalsekretärin mit über 40 Veranstaltungen vor. Hierzu wurden unter aktiver Einbeziehung der ganzen Breite der Parteimitgliederschaft sogenannte „Leitfragen“ entwickelt. Daran schloss sich 2019 eine Phase der „öffentlichen Diskussion“ an, wo – ebenfalls mit beträchtlichem bundesweitem organisatorischem Aufwand – zusammen mit Experten und unter abermaliger Einbeziehung aller Ebenen der Partei in sogenannten „Programmklausuren“ die Positionen zu den jeweiligen Leitfragen debattiert wurden. Für das Jahr 2020 war dann schließlich mit einer ersten Textversion des neuen Grundsatzprogrammes eine sogenannte „Antwort-Tour“ durch ganz Deutschland geplant, um diesen Entwurf mit Mitgliedern und Experten noch einmal zu beraten.

Doch das Schicksal wollte es anders. Parallel zur Diskussionsphase nahmen die Bundesfachausschüsse und

¹S. Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland (2007), Ziffer 5., S. 9.

Netzwerke zwar ihre Arbeit auf, auf dem 32. Parteitag 2019 wurden erste lebhaftere Programmdebatten geführt und auch die Vereinigungen und Sonderorganisationen wurden gegen Ende dieser Erarbeitungsphase, Mitte Januar 2020, in besonders vorbildlicher Weise noch einmal gehört und mit eingebunden. Dann aber machte die sich langsam aber sicher ausbreitende Corona-Pandemie allen bisherigen Planungen einen Strich durch die Rechnung. Nach der Jahresauftakt Klausur des CDU-Bundesvorstandes in Hamburg wurde auch noch ein erster Entwurf des Programmtextes erarbeitet, die „Antwort-Tour“ war aber undenkbar geworden. Neben der Corona-Pandemie, die dann über dem gesamten Jahr 2020 und noch weite Teile des Jahres 2021 bleiern lasten sollte und dazu führte, dass die nächsten CDU-Parteitage nun digital stattfinden mussten, kam es sowohl parallel als auch in der Folgezeit zu massiven parteiinternen Umbruchsprozessen, die den gesamten bisherigen Grundsatzprogrammprozess erst einmal auf Eis legen sollten.



Berliner Dom

von der Humboldt-Box aus gesehen

© Wikimedia Thomas Wolf, www.foto-tw.de (CC BY-SA 3.0 DE)

Die prägende Ära Angela Merkels neigte sich spürbar dem Ende zu, bereits auf dem 31. CDU-Parteitag Ende 2018 in Hamburg war aus der Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer die neue Bundesvorsitzende geworden, indem sie sich im auf offener Parteitagsbühne ausgetragenen Wettstreit gegen ihre Mitbewerber Friedrich Merz und Jens Spahn erfolgreich durchgesetzt hatte. Der Rest ist Geschichte: Annegret Kramp-Karrenbauer erklärte nach einer Reihe permanenter parteiinterner Dauerquerelen und Richtungsdebatten bereits Anfang 2020 schon wieder ihren Verzicht auf eine erneute Kandidatur. Neuer Bundesvorsitzender wurde Armin Laschet, der im Bundestagswahljahr

2021 auch Kanzlerkandidat der Union wurde. Nur ein Jahr später folgte dann schließlich Friedrich Merz. Die vielen Wechsel an der Parteispitze innerhalb kürzester Zeit und die damit verbundenen, lange Zeit schwelenden Flügel- und Richtungskämpfe innerhalb der CDU, aber auch der zeitweise extrem schädliche Dauerzwist mit der bayerischen Schwesterpartei CSU im Bundestagswahlkampf, dann die für beide Unionsparteien desaströs ausgehende Bundestagswahl, der Verlust der Regierungsverantwortung und schließlich die anfänglich äußerst qualvolle Aufgabe der neuen Rollenfindung in der Opposition hatten massiv ihre Spuren hinterlassen. Man muss es so deutlich und ehrlich ausdrücken: Die Union bot, wie zum Spott ihres dritten Buchstabens im Parteinamenskürzel, über geraume Zeit ein geradezu erbärmliches Bild der inneren Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit. Um das C, wie wir auch im Folgenden gleich noch sehen werden, stand es allerdings auch nicht viel besser.

Was für eine Ironie der Geschichte: Ausgerechnet in der Phase, in der an eine geordnete Weiterführung des Grundsatzprogrammprozesses erst einmal nicht mehr zu denken war, hätte es der Orientierung und Neuvergewisserung in Bezug auf die tragenden Leitlinien, Grundsätze und Tugenden am allermeisten bedurft. Einmal mehr bestätigt sich auch hier die alte Weisheit: Wer keinen funktionstüchtigen Kompass mehr hat, droht sich eben zu verirren!

Zumindest der EAK – wer sonst? - versuchte die Flamme der begonnenen Grundsatzarbeit noch vor dem völligen Auslöschen zu bewahren und konstruktiv weiterzutragen. Auf seiner 53. Bundestagung am 12. Mai 2021, die bewusst den Titel „Das C als Grundlage und Kompass unserer Politik“ trug und – der pandemischen Gesamtsituation geschuldet - rein digital stattfinden musste, leistete der EAK mit seiner Publikation „Auf dem Weg zu einem neuen CDU-Grundsatzprogramm“ auch noch einen sehr kritischen, ja fast vernichtenden Kommentar zur ersten Fassung des Programmentwurfes, weil dieser aus seiner Sicht völlig inakzeptabel ausgefallen war. Entsprechend fiel auch das abschließende Urteil des stellvertretenden Vorsitzenden der EAK-Grundsatzkommission, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, aus: Es „lässt sich kein überzeugender Werteansatz (schon gar nicht aus christlicher Prägung) erkennen, sondern sich vielfach wiederholende ‚Allgemeinplätze‘, die zur Beliebigkeit tendieren. Diffuse Hinweise (noch dazu an sehr unterschiedlichen Stellen) auf das christliche Menschenbild, das Grundgesetz, die christlich-jüdischen Traditionen, die Aufklärung oder den Humanismus genügen hier nicht (...). Das bedeutet einen Bruch mit der programmatischen Tradition eines auf dem christli-

chen Menschenbild beruhenden Politikverständnisses der CDU und sollte daher unbedingt korrigiert (...) werden.“² Und schließlich: „Streng genommen sollte der Entwurf völlig neu geschrieben oder (besser noch) das Grundsatzprogramm von 2007 durch Ergänzungen auf den aktuellen Stand gebracht werden.“³

Wer damals, wie wir übrigens fast alle beim EAK, noch geglaubt hatte, dass es jetzt eigentlich nicht noch schlimmer kommen könnte, der sollte leider bald eines „Besseren“ belehrt werden. Es sollte sehr wohl noch schlimmer werden! Und dieses „noch schlimmer“ sollte mit einer völlig unnötigen und geradezu aberwitzigen Infragestellung des „C“ im Parteinamen verbunden sein, die ausgerechnet der spätere Vorsitzende der CDU-Grundwertekommission initiiert hatte.

IV.

Den Neuimpuls für die Fortführung des CDU-Grundsatzprogrammprozesses nach dem Rückzug Armin Laschets aufgrund der gescheiterten Kanzlerkandidatur setzte aber zunächst erst einmal die neue Führungsspitze um den neuen Parteivorsitzenden Friedrich Merz. Im Grunde genommen handelte es sich hierbei nicht nur lediglich um eine Zäsur gegenüber dem Bisherigen, sondern um einen völligen Neuanfang. Von den ursprünglichen textlichen Entwurfsvorarbeiten aus der Zeit von Annegret Kramp-Karrenbauer und Armin Laschet war – aus guten und nachvollziehbaren Gründen – nichts mehr übriggeblieben. Der erste Programmentwurf verschwand sang- und klanglos in den Archiven. „Needless to say“: Wenige beim EAK waren wirklich traurig darüber.

Der Grundsatzprogrammprozess wurde Anfang 2022 wieder aufgenommen, allerdings unter völlig veränderten Vorzeichen. Stand der bisherige Prozess der Grundsatzprogrammarbeit unter der Vorgabe möglichst breiter Beteiligung aller Mitglieder und Parteigliederungen, wollte man nun – was durchaus vernünftig war – endlich stringenter „zu Potte“ kommen. Statt der Bundesfachausschüsse wurden sogenannte Fachkommissionen eingerichtet, die nun sehr viel kleiner – ja geradezu exklusiv – besetzt wurden und die die einzelnen thematischen Hauptkapitel des neuen Grundsatzprogrammes unter der Leitung von entsprechenden Fachkommissionsvorsitzenden erarbeiten sollten. Dr. Carsten Linnemann wurde der Vorsitzende der gesamten Programm- und Grundsatzkommission. Das sollte sich letztlich als die entscheidende und

glückliche Personalie in der finalen Erarbeitungsphase herausstellen.

Der vom damaligen Generalsekretär Mario Czaja zunächst ausgegebene Kurs „Qualität vor Quantität“ mit einem Schwergewicht auf einer „Experten“-Besetzung („Experten- und Kompetenzpool“) sorgte zu Beginn durchaus für Verwunderung und Kritik. Gerade in Bezug auf die Arbeit der grundlegenden Kommission „Wertefundament und Grundlagen der CDU“ gab es dann auch sehr bald ein handfestes Problem: Aus Sicht des EAK dominierte bei dieser von Prof. Dr. Andreas Rödder (Mainz) geleiteten CDU-Grundwertekommission sehr stark der eher liberal-konservative Parteiflügel. Die für die CDU jedoch so entscheidenden „C“-Grundlagen fanden hier zunächst eine eher spärliche, jedenfalls eine keinesfalls hinreichende und gebührende Berücksichtigung.

Der EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel, war jedoch nicht bereit, dies einfach hinzunehmen, verstärkte deshalb den innerparteilichen Druck und nutzte seine hervorragenden parteipolitischen Kontakte und Kanäle. Kurze Zeit später gelang es ihm, in enger Abstimmung mit dem neuen Parteivorsitzenden Friedrich Merz, als weiteres Mitglied der Grundwertekommission zur Erarbeitung der „Grundwertecharta“ benannt zu werden. Es ist vor allem diesem unermüdlichen Engagement Thomas Rachels, teils im Verbund mit dem mittlerweile verstorbenen und damaligen stellvertretenden CDA-Bundesvorsitzenden, Prof. Dr. Matthias Zimmer, sowie dem Leiter der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen, Thomas Arnold, zu verdanken, dass die grundlegenden Werteperspektiven des Christlichen Menschenbildes bei der Erarbeitung der CDU-Grundwertecharta nun endlich das hinreichende Gehör fanden, die auch ihrer zentralen, traditionellen und bleibenden Bedeutung entspricht.

Doch dies war gewiss auch ein harter und zunächst völlig offener Kampf. Denn der Vorsitzende der Grundwertekommission hatte bereits Anfang 2022 mit einer umstrittenen These für öffentliche Furore gesorgt. Rödder hatte nicht nur mehrfach seine besondere programmatische Vorliebe für „center-right“-Parteien in Europa bekundet, in denen er auch eine Blaupause für Parteireformpläne in der CDU erblickte, sondern er stellte nun auch das „C“ selbst in Frage, in dem er ein Nachdenken über eine „Flurbereinigung in der Namensfrage“, also beim C im Parteinamen, anregte. Seiner Meinung nach könne das „C“ auf weite Teile der Wählerschaft aus- und abgrenzend wirken!

Dies führte nun auch öffentlich zu einer scharfen und unmissverständlichen Reaktion Thomas Rachels, der hier keineswegs nur für den EAK, sondern für die ge-

²CDU-Grundsatzprogrammentwurf von 2021 (Ohne Titel), in: Auf dem Weg zu einem neuen CDU-Grundsatzprogramm – Kommentare und Anmerkungen der EAK-Grundsatzkommission, Berlin 2021, S. 20ff.

³Ebd.

samte Partei deutlich machte: „Das C ist und bleibt der Identitätskern der Union - Schafft die CDU das C ab, schafft sie sich selbst ab!“ Rachel begründete dies, das hier völlig falsche Vorverständnis bloßlegend, wie folgt: „Wenn Andreas Rödder vom C als einer ‚Barriere für Nichtchristen‘ spricht, unterliegt er einem grundlegenden Missverständnis: Das C ist aufgrund seiner universalen Botschaft weltanschaulich gerade nicht exklusiv, sondern plural anschlussfähig, inklusiv und integrativ. Es ist gerade in Zeiten von Werteverfall und gesellschaftlicher Orientierungsnot so attraktiv wie nie zuvor, nicht zuletzt auch für Konfessionslose und Andersgläubige. Das C bildet somit (...) das Alleinstellungsmerkmal der Unionsparteien. Erst die Orientierung am C schafft den wahren Ausgleich der unterschiedlichsten Interessen und Positionen. Denn das C, das den einzelnen Menschen als Ebenbild Gottes in den Blick nimmt, ist lebensnah, versöhnend und zusammenführend. Es ist nicht Ausdruck einer politisch-ideologischen Doktrin, sondern einer lebendigen Werte- und Geisteshaltung.“⁴



Magdeburger Dom ©Stehli

Der EAK-Bundesvorsitzende markierte damit auch frühzeitig und unmissverständlich die beiden absoluten „No-Go’s“ in der weiteren Programmdebatte für die CDU: Die CDU darf weder das C im Parteinamen zur Disposition stellen, noch darf sie sich in die Richtung rechtspopulistischer Inhalte und Sprachspiele bewegen, weil sie damit sowohl ihre Identität verrät als auch ihre breite Mitteverankerung verliert. Überall dort, wo die einst stolze und große Christdemokratie in Europa diesen beiden fatalen Versuchungen erlegen ist, bedeutete das immer auch zugleich ihr Ende als Volkspartei.

Der 35. Parteitag der CDU in Hannover beschloss im September 2022 die sogenannte „Grundwertecharta“, die sich im jetzt vorliegenden Programmentwurf des CDU-Bundesvorstandes aber noch einmal an vielen Stellen (inhaltlich wie sprachlich und insbesondere im

Hinblick auf die Wertefragen und C-Perspektiven) zum begrifflich Positiven fortentwickelt hat⁵. Die übrigen 10 Fachkommissionen schlossen ihre Arbeit – u.a. auch nach einer vorhergehenden, zentralen Mitgliederbefragung – Ende 2023 ab. Nach der Heidelberger Abschlussklausur Anfang 2024 und dem Beschluss des CDU-Bundesvorstandes liegt das neue Grundsatzprogramm „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“ derzeit nun als Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 36. Parteitag vor. Es ist der Verdienst des neuen CDU-Generalsekretärs, Dr. Carsten Linnemann, dass - auf das nochmals intensive Betreiben des EAK hin - wichtige traditionelle C-Anliegen nun wieder Eingang gefunden haben. Ein völlig neuer Präambel-Teil („Auf einen Blick: Das ist CDU“) wurde final nun noch vor die überarbeiteten Eingangskapitel der ursprünglichen „Grundwertecharta“ vorangestellt, so dass jetzt zum Glück, gleich zu Beginn auf Seite 1, klargestellt wird: „Unser Kompass ist das christliche Bild vom Menschen.“

V.

Wie lautet nun aber das vorläufig abschließende Fazit dieser sechsjährigen Arbeit am vierten CDU-Grundsatzprogramm?

Ohne natürlich den finalen Beschlüssen des Parteitages im Detail vorweggreifen zu können, kann am Ende wohl schon jetzt – trotz vieler zwischenzeitlicher Irrungen und Wirrungen - von einer im Großen und Ganzen recht ordentlichen Leistung gesprochen werden. In schweren Krisenzeiten wird dieses vierte CDU-Grundsatzprogramm das Licht der Welt erblicken. Es will bewusst – insbesondere auch sprachlich – ein neues und eben „modernes“ Grundsatzprogramm sein (was immer man unter diesem stets etwas angestrengt wirkenden „Label“ auch jeweils verstehen mag). An vielen zentralen Stellen wird durchaus neue Klarheit über den grundsätzlichen politischen Kurs geschaffen. Auch die Wertekontinuität mit den C-Grundlagen wird aufrechterhalten. Niveau und Tiefe zahlreicher theologischer und sozialetischer Begrifflichkeiten und Ausführungen, insbesondere aus Sicht und im Vergleich mit den früheren Grundsatzprogrammen von 1978, 1994 und 2007, lassen aber an vielen Stellen arg zu wünschen übrig.

An einigen Formulierungen wird deshalb noch begrifflich gearbeitet werden müssen. Die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“, der tragende

⁴EAK-Presseerklärung vom 25. Januar 2022.

⁵Die ursprüngliche „Grundwertecharta“ von 2022 hat also am Ende in nochmals stark veränderter Form Eingang in die beiden Eingangskapitel „I. Wo wir stehen“ (S. 5 – 8) und „II. Was uns ausmacht“ (S. 9 – 15) gefunden.

Gedanke der Gottesebenbildlichkeit“ und der klassische Verweis auf „Irrtum und Schuld“, der unserer „Planungs- und Gestaltungsfähigkeit in der Politik Grenzen“ setzt und uns vor „ideologischen Heilslehren“ bewahrt, sollten z.B. unbedingt noch ergänzt werden. Dabei sollten auch noch einige wichtige theologische Ergänzungen und begriffliche Korrekturen vorgenommen werden, wofür sich der EAK auch auf dem kommenden Parteitag, und zwar in Form wichtiger weiterer Anträge, noch einmal ganz besonders stark machen wird.

Bei so manchen Passagen des Entwurfstextes fragt man sich überdies, ob die Unterscheidung zwischen „Grundsatzprogramm“ und „Wahlprogramm“ immer glücklich und klug getroffen worden ist: Gehören beispielsweise Sätze wie „Unsere Polizei muss (...) noch sichtbarer auf den Straßen und Plätzen, sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Räumen sein“ (Zeilen 428-430) oder „Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum“ (Zl. 1914) wirklich in ein Grundsatzprogramm?

Schließlich ist auch der bisweilen zu Redundanzen und stark emotiven Ausdrücken neigende Grunddukus des vorliegenden Antragstextes zum neuen CDU-Grundsatzprogramm sicherlich für viele traditionelle Parteimitglieder sehr gewöhnungsbedürftig. Aber das dürfte auch der Preis dafür sein, dass man bewusst ein Programm erarbeiten wollte, dass auf neue Weise und für ein jüngeres Publikum „eine Erzählung“ geben will.

Summa summarum: Ein langwieriger Prozess der Grundsatzprogrammarbeit wird im Mai zu Ende gehen. Der Weg war mühevoll, aber nicht vergebens. Die CDU Deutschlands sollte sich nun – nach erneuter Klärung ihres Selbstverständnisses – an die praktisch politische Arbeit machen. Sie hat allen Grund, dabei getrost in die Zukunft zu blicken.

Pastor Christian Meißner
Bundesgeschäftsführer des EAK

Treffen der EAK-Landesverbände Thüringen und Sachsen-Anhalt mit Landesbischof Kramer

Am 9. Januar 2024 fand im Augustinerkloster ein turnusmäßiges Gespräch der EAK-Landesvorstände der CDU in Thüringen und Sachsen-Anhalt mit Landesbischof Kramer statt. Am Gespräch nahmen auch die kirchlichen Beauftragten OKR Dr. Demuth (TH) und OKR Steinhäuser (ST) teil.

Zunächst informierte Bischof Kramer über die aktuelle Situation in der EKM.

„Kirche der Reformation in der Transformation“ - immer neue Strukturanpassungen sind erforderlich,

nicht nur hinsichtlich von Gebietsreformen, sondern auch hinsichtlich der Zusammenlegung von Diensten (z.B. Gemeindepädagogen - Kantoren).

Personalmangel – Personalentwicklung

Pro Jahr werden 10 - 15 Stellen neu besetzt. Dagegen gibt es 45 - 50 Eintritte in den Ruhestand. Bis 2030 wird etwa jede 5. Stelle unbesetzt sein. Das hat erhebliche Auswirkungen für den Verkündigungsdienst.

Zwischen Pfarrern, Gemeindepädagogen, Prädikanten und geschulten Kirchenältesten müssen diese Dienste, wie auch andere Gemeindedienste, in den immer größer werdenden Gemeinden aufgeteilt werden.

So werden neue Ausbildungsgänge angeboten, die auch Seiteneinsteiger zur Übernahme von Aufgaben der Gemeindearbeit befähigen sollen.



Augustinerkloster Erfurt ©WIKIMEDIA Martina Nolte
Finanzen

Die Synode hat den Doppelhaushalt beschlossen.

Zu einem Drittel ist der landeskirchliche Haushalt vom EKD-Finanzausgleich abhängig⁵, d.h. eine Verringerung dieser Mittel hätte schwerwiegende Auswirkungen. Die Staatsleistungen sind perspektivisch allenfalls durch angemessene Entschädigungen abzulösen, dazu haben auf höchster Ebene Gespräche stattgefunden - vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Bereitschaft der Kirchen, allerdings sind Fragen der Höhe und eines praktikablen Zahlungsmodus ungeklärt, deshalb bleibt es derzeit beim Status quo.

Die Kirchensteuereinnahmen gehen weiter zurück, wenngleich die Austrittszahlen mit 3 % konstant geblieben sind.

Betroffenendialog

Inhaltlich wurde der Betroffenendialog ausgewertet. Die Aufarbeitungsstudie zur sexualisierten Gewalt in

⁵<https://www.ekmd.de/kirche/themenfelder/finanzen-und-kirchensteuer.html>

den ev. Kirchen wird Ende Januar 2024 erscheinen. (Sie ist inzwischen als Forum-Studie veröffentlicht⁶.)

Taufe

Der Bischof berichtete über seine Einladungen zu Taufen. Es wurde auf einen ökumenischen Taufstag in Erfurt hingewiesen, der sehr gut angenommen wurde.

Berichte aus den EAK- Landesverbänden

LSA: Der EAK-Landesvorsitzende Herr Stephen Gerhard Stehli berichtete über die intensive und erfolgreiche inhaltliche Mitarbeit am neuen Grundsatzprogramm der CDU Sachsen-Anhalt. Alle Hinweise des EAK zu den Themen Gottesbezug und christliches Menschenbild wurden angenommen.

TH: Der EAK-Landesvorsitzende Herr Dr. Ulrich Born berichtete, dass der CDU - Landesvorsitzende intensiv die Arbeit des EAK unterstütze. Die Grundsatzzrede des EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel würde ausgewertet.

Das Wahljahr 2024

TH: Das Wahljahr 2024 stellt die CDU in Thüringen vor große Herausforderungen. Anmerkung: In einer Stichwahl konnte der CDU-Kandidat Herrgott die Landratswahl gewinnen.

In Thüringen findet am 26. Mai 2024 die nächste Kommunalwahl statt. Die Thüringer Landesregierung von Linke, SPD und Grüne hatte sich auf diesen Termin geeinigt. Am 9. Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt - zeitgleich mit möglichen Stichwahlen.

Die Konkurrenzsituation zur AfD ist dramatisch.

Zwar habe die CDU die Minderheitsregierung gestützt (z.B. Haushalt) und viel Positives erreicht, was ihr jedoch im Wählerurteil bisher nicht zugutekommt. Auf Bundesebene wird die CDU dagegen weit mehr als Alternative zur derzeitigen Regierung wahrgenommen. Ein weiteres ist die Frage der Kandidatenprüfung auf ihre Verfassungstreue. Dazu hat Innenminister Maier, SPD, einen Leitfaden entwickelt.

LSA: Hier fallen am 9. Juni Kommunalwahlen und Europawahl zusammen. Die CDU befindet sich derzeit in einer besseren Ausgangslage: (Bei der Landtagswahl 2021 hatte die CDU 37 % aller abgegebenen gültigen Stimmen erreicht und alle Direktmandate gewonnen.)

Es schloss sich nun eine lebhafte Diskussion über den Umgang mit der AfD an. Die Positionen reichten

von totaler Abgrenzung, bis zur Notwendigkeit des Gesprächs aber einer inhaltlichen Auseinandersetzung.

Zum Umgang der Kirche mit Sympathisanten Mitgliedern und Amtsträgern der AfD

Bischof Kramer: Auch Kirchenmitglieder wählen die AfD. Mit den „Chefs“ führen die Kirchenleitungen keine Gespräche, wo nötig, die Beauftragten. Wie mögliche Kandidatengesprächsrunden vor der Europawahl in kirchlichen Räumen ablaufen können, entscheiden die Kirchenkreise. Einen Aufruf zur Wahlbeteiligung wird es geben, aber keine Wahlempfehlung. In jedem Fall wird die Kirche stets ihr Eintreten für die christlichen Werte deutlich machen (Menschenwürde).

Positionierung von EKM und EAK angesichts des Angriffs auf Israel und der Welle des Antisemitismus in Deutschland und weltweit

Bischof Kramer verurteilte den grauenhaften Terror der Hamas, der auch nicht durch die langjährige schwierige Gemengelage zu rechtfertigen sei. Der Antisemitismus, insbesondere auf unseren Straßen, sei unerträglich.

In der folgenden differenzierten und abwägenden Aussprache argumentierte Herr Stehli im Duktus seines Aufsatzes im Weihnachtsrundbrief, Herr Ritter regte ein bischöfliches Hirtenwort an.

Migration

Bischof Kramer verwies auf die weltweite Migrationsbewegung. Wie kann damit umgegangen werden? Immer muss die Menschenwürde im Blick sein. Das gilt auch für die Menschen, die bereits hier sind. Er stimme der Aussage von Altbundespräsident Gauck zu: Die Herzen sind weit, aber die Möglichkeiten begrenzt. Darüber bestand Konsens bei allen Teilnehmern.

Allerdings wurde vor einem Kontrollverlust gewarnt. Es muss dringend zwischen Flüchtlingen und Migranten unterschieden werden. Die Herausforderungen müssen klar benannt und Lösungen gesucht werden. Das sei die Aufgabe der Politik.

Die Mitglieder der Arbeitskreise dankten Herrn Landesbischof für seine Ausführungen, seine Dialogbereitschaft und nicht zuletzt für die Gastfreundschaft.

Herr Bischof dankte seinerseits für den freimütigen gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch. Er beendete die Veranstaltung mit einem Gebet.

Gerhard Kögel

⁶<https://www.ekd.de/aufarbeitungsstudie-forum-82255.htm>

Neue Synagogen in Dessau und Magdeburg - Zeichen der Hoffnung und des lebendigen jüdischen Lebens



Synagoge in Magdeburg ©Stehli

Seit der deutschen Wiedervereinigung haben sich auch in den Städten Sachsen-Anhalts jüdische Gemeinden wieder etabliert und teils neu gegründet. Sie sind Zentren lebendigen jüdischen Gemeindelebens. Nachdem erste jüdische Gemeinden sich nach der Vernichtung jüdischen Lebens durch die Shoah auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wieder zusammenfanden, konnten sie im sozialistischen System kaum wachsen und wurden schließlich durch Überalterung wie Auswanderung immer kleiner. Zur Wendezeit bestand z.B. in Magdeburg nur noch eine winzige jüdische Gemeinde, während in Dessau gar keine Gemeinde mehr vorhanden war. Dieses änderte sich schlagartige mit der großen Zahl von jüdischen Menschen, die auf unterschiedliche Art und Weise aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion auch zu uns nach Sachsen-Anhalt kamen. In Halle/Saale, Magdeburg und Dessau standen bis zur Zerstörung wirklich große und prächtige Synagogenbauten, die häufig romanische, maurische und byzantinische Stilelemente verbanden und die Städte prägten. Die Reichspogromnacht, die verfügte Abrisse durch das nationalsozialistische Regime und die Kriegszerstörungen vernichteten diese wunderbaren Bauten. Während in Halle mit der Friedhofsynagoge zumindest ein größeres jüdisches Gotteshaus noch vorhanden war und ist, konnte über Jahrzehnte in Magdeburg und Dessau nur mit kleineren Notlösungen gearbeitet werden. In beiden Städten entstanden schon früh nach der Wiedererrichtung unseres Landes Sachsen-Anhalt Initiativen zum Neubau, die neben den Gemeinden von vielen Bürgerinnen und Bürgern und Vereinigungen, so insbesondere auch den Kirchen, getragen wurden. Die Landeshauptstadt Magdeburg und die Stadt Dessau (später Dessau-Roßlau) sagten früh ihre grundsätzliche Unterstützung zu, ebenso das Land Sachsen-Anhalt. Und dennoch

dauerte der Neubau dieser in der Größe angemessenen Gotteshäuser in der Planung und der Absicherung der Finanzierung viele Jahre. Hierbei ist zu erwähnen, dass mit unserm Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff die Synagogenneubauprojekte einen starken, engagierten und kreativen Unterstützer fanden, der aus der Sicht der Landesregierung stets positiv wirkte und deutlich machte, dass es keine grundsätzlichen Zweifel an der Notwendigkeit der Entstehung dieser Gotteshäuser gibt. Dabei ist festzuhalten, dass der Staat an sich keine Zuständigkeit für das Neuentstehen von Gotteshäusern hat (Denkmalschutz bei bestehenden Bauten ist eine andere Frage), es durch die Verantwortung für die deutsche Geschichte bei Synagogen selbstverständlich und von allen Parteien getragen andere sinnvolle Entscheidungen gibt. So ist die öffentliche Hand in verschiedener Art und Weise an beiden Neubauten beteiligt gewesen.

So geschah die Besonderheit, dass im Herbst 2023 in Sachsen-Anhalt gleich zwei neue Synagogen eröffnet werden konnten, im Oktober in Dessau und im Dezember in Magdeburg. Diese Eröffnungen sind besondere Ereignisse, über die sich alle Menschen guten Willens in Sachsen-Anhalt freuen können. Die Eröffnungen waren aber aus nationaler wie internationaler Sicht sehr bemerkenswert, weil sie einerseits in einer Zeit zunehmender antijüdischer und antisemitischer Straftaten, leider auch in Sachsen-Anhalt, geschahen, andererseits aber auch unmittelbar nach dem entsetzlichen Pogrom der radikalislamistischen Hamas gegen Menschen in Israel mit 1200 Ermordeten und mehreren Hundert Geiselnahmen am 7. Oktober. Das Zeichen, das neue Synagogen nach diesem größten Judenvernichtungsakt seit der Shoah setzten, ist von Widerstand gegen allen Hass und von trotziger, lebendiger Hoffnung geprägt. Die Solidarität mit den jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt war immer wichtig. Nie war sie wichtiger als jetzt!

In Dessau wurde der Neubau in Integration neben dem historischen Kantorhaus nach ersten Initiativen der Kurt-Weill-Stiftung im Jahr 2015 nach Plänen des mit Synagogenbauten sehr versierten Architekten Professor Alfred Jakoby errichtet. Die symbolische Grundsteinlegung fand am 8. November 2019 statt, die Eröffnung fand am 22. Oktober 2023 in Anwesenheit u.a. von Bundeskanzler Olaf Scholz und Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff statt. Der Rundbau prägt das Straßenbild deutlich.

In Magdeburg fand sich zur Unterstützung der Gemeinde bereits in Jahr 1999 der Förderverein Neue Synagoge Magdeburg e.V. zusammen, es dauerte aber schließlich mit vielen Diskussionen und Debatten bis 2022, bis für den Entwurf des Architekturbüros Satt-

ler & Träger der erste Spatenstich (5. Mai) und die Grundsteinlegung (22. September) erfolgen konnten. Die Synagoge wurden schließlich in unmittelbarer Rathausnähe nach feierlicher Tora-Einbringung am Vorabend am 8. Dezember 2023 eröffnet. Hier waren u.a. Ministerpräsident Reiner Haseloff und Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger anwesend.

Alle öffentlichen Festlichkeiten bei beiden Bauten von den Spatenstichen und Grundsteinlegungen bis hin zu den Eröffnungen waren durch Repräsentanten von Staat, Kirche und gesellschaftlich relevanten Gruppen des Bundes, des Landes und der Kommunen, aber auch durch sehr viele interessierte Bürgerinnen und Bürger besucht. Beide Synagogen haben nun ihren Platz im Zentrum des städtischen Lebens wieder gefunden. Das ist ein Grund zu großer Freude, aber auch zur Wachsamkeit und zu Engagement, wie der terroristische Anschlag mit zwei Morden auf die Synagoge zu Halle im Jahr 2019 beweist.

Die Finanzierung der beiden Bauten geschah durch Gemeindemittel, Spenden unterschiedlicher Art und durch die öffentliche Hand auf den Ebenen Bund, Land und Kommune. Hier haben viele Menschen durch großes Engagement mitgewirkt, für das sehr zu danken ist. Die heutzutage leider so notwendigen Sicherheitseinrichtungen haben die beiden Gebäude verteuert; gerade hier hat das Land geholfen. Dem Haushaltsgesetzgeber Landtag ist für seine deutliche, vielfältige Unterstützung zu danken.



Synagoge in Dessau ©Stadt Dessau-Roßlau, Oliver Harloff

Beide Gemeinden versuchen, Ihre neuen Synagogenbauten im Rahmen ihrer Möglichkeiten neben den Gottesdiensten und den Veranstaltungen des Gemeindelebens auch für die Öffentlichkeit offen zu halten durch Besichtigungen, Lesungen, Konzerte und weitere Veranstaltungen, bei denen auch über das Judentum informiert wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass beide Gemeinden sich als Einheitsgemeinden verstehen, dabei aber umfassend orthodox geprägt sind. So konnte in Magdeburg die Frage einer gemeinsamen Nutzung durch die kleinere liberale jüdische Gemeinde (die z.B.

auch Rabbinerinnen und Kantorinnen kennt) nicht abschließend gelöst werden. Hier besehen noch Herausforderungen.

Die Gemeinden laden zu Besichtigungen ihrer neuen Synagogen sehr herzlich ein. Diese können durch entsprechende Kontaktaufnahmen vereinbart werden.

Der Neubau beider Synagogen ist ein großer Gewinn für das religiöse und gesellschaftliche Leben in Sachsen-Anhalt und ein klares Zeichen gegen hasserfüllte Bedrohungen und Verschwörungsnarrative. Es wird deutlich, wie sehr das jüdische Leben schon früher und auch heute zu unserm Land und unserer Heimat gehört. Hierzu werden und müssen wir auch weiterhin mit Verve und Verstand unsern guten, dauernden Beitrag des Engagements und der Solidarität leisten. Dazu passt indes auch sehr gut der Bibelvers, der in künstlerischer Gestaltung hebräischer Schriftzeichen beide Fassaden ziert: „*Mein Haus wird ein Bet- haus heißen für alle Völker*“ (Jesaja 56,7).

Besuchen Sie unsere neuen Synagogen!

Stephen Gerhard Stehli MdL

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt

Die Vereinigten Domstifter zu Merseburg, Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz

Christliches Kulturerbe mit Prägekraft in säkularer Gesellschaft

Die Vereinigten Domstifter zu Merseburg, Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz sind eine der traditionsreichsten Kulturstiftungen in Deutschland. Schon der Name weist darauf hin, dass die Stiftung an drei Standorten tätig ist und aus drei früheren Stiftungen vereinigt wurde.

Das Domstift Merseburg geht auf die Bistumsgründung durch Kaiser Otto I. im Jahre 968 zurück. Nach der Aufhebung durch Kaiser Otto II. 981 wurde das Bistum im Jahre 1004 durch Kaiser Heinrich II. wiederbegründet.

Zeitgleich mit Merseburg wurde das Bistum Zeitz gegründet. Nachdem der Bischof im Jahre 1028 seinen Sitz nach Naumburg verlegt hatte, entstand dort das Bistum Naumburg. Zeitz behielt in Erinnerung an seinen Stifter Otto I. ein sog. Kollegiatstift – und Ende des 13. Jahrhunderts erfolgte eine Rückverlegung des Residenzsitzes nach Zeitz; Naumburg blieb aber Bischofsstadt mit Dom.

Die seit 1879 als Stiftungen öffentlichen Rechts agierenden Stifter blieben eigenständig bis zur Zusam-

menfügung im Jahre 1930. Ein gemeinsames Domkapitel entstand mit der Satzung von 1935. Und erst 1994 wurden die bereits unter einer gemeinsamen Verwaltung stehenden Stiftungen zu einer einzigen Stiftung öffentlichen Rechts vereinigt.

Hatten die Stifterkapitel zunächst geistliche Aufgaben zur Unterstützung des Bischofs in den Gottesdiensten, und sodann auch Verwaltungs- und Beratungsaufgaben, nahmen sie seit der Reformation in Selbstverwaltung zunehmend weltliche Aufgaben wie die Verwaltung von Vermögen, Gerichtsbarkeit und Schulangelegenheiten wahr.

Heute besteht das gemeinsame Domkapitel aus acht Domherren sowie einer Domherrin als Dechantin bzw. Vorsitzende – in den mehr als 1000 Jahren Geschichte des Domkapitels ist Prof. Dr. Karin Freifrau von Welck die erste gewählte Domherrin; seit 2018 ist sie zudem Dechantin – sowie fünf weiteren Ehrendomherren. Das Domkapitel hat eine Aufsichts- und Repräsentationsfunktion. Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder bringen ihre jeweilige Fachkompetenz ein und müssen der Evangelischen Kirche angehören. Da das Land Sachsen-Anhalt die Arbeit der Stiftung seit einigen Jahren institutionell fördert, entsendet es ein zusätzliches Mitglied. Das Domkapitel kommt an allen drei Standorten zu Sitzungen, Gottesdiensten und Veranstaltungen zusammen.

Die Stiftungen überlebten die Zeitläufte, auch den Zweiten Weltkrieg und die DDR-Zeit. Dort gelang der Schutz der Einrichtungen vor dem Einfluss der Politik; Kirchgebäude und Kunstgegenstände blieben jedoch ohne adäquate Sanierung. Nach der Wiedervereinigung und insbesondere seit 2002 unter dem Dechanten Georg Graf von Zech-Burkersroda öffneten sich die Domstifter nach außen und begannen, ihre Schätze zu zeigen und für die Öffentlichkeit geistlich und kulturell zu nutzen.

Wurde die Stiftung bislang durch das Domkapitel, dieses durch den Dechanten vertreten, so erfolgt dies seit 2015 durch den Stiftsdirektor, der durch eine etwa 40 Personen starke Stiftsverwaltung unterstützt wird. Stiftsdirektor ist der Historiker Dr. Holger Kunde. Neben diesem ist seither das Domkapitel das zweite Organ der Stiftung.

Die Aufgaben der Stiftung der Vereinigten Domstifter werden in der Satzung damit beschrieben, „die ihr gehörenden Kirchen, Kulturgüter, Ausstattungen, Einrichtungen, Gebäuden und sonstigen Vermögensgegenstände ... einer ihrer Bedeutung gerecht werdenden Nutzung zuzuführen.“ Als Stiftungszweck ist vorgegeben: „Die Stiftung dient kirchlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und gemeinnützigen Zwecken.“



Cranach-Triangel-Altar © von Bose

Die Vereinigten Domstifter kümmern sich um den konservatorischen Erhalt des Kulturerbes und vermitteln dieses in Kultur, Bildung und Forschung. Neben den Domen in Merseburg und Naumburg gehören eine weitere Kirche in Naumburg (Marienkirche im Domareal), die Michaelis-Kirche und das Franziskanerkloster in Zeitz, Bibliotheken und Archive, dazu mehrere Residenzgebäude (Kurien) sowie landwirtschaftliche Flächen zum Vermögen. Die Domstifter arbeiten an den Standorten partnerschaftlich mit den Städten und Landkreisen zusammen; zudem mit Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Die Landwirtschaftsflächen wie die an den Domen liegenden Kurien werden verpachtet bzw. vermietet. Wesentliche Einnahmen werden aus den Eintrittsgeldern für die Dome gewonnen. Für Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen sind die Domstifter auf staatliche Fördermittel und Sponsorengelder angewiesen. Ein Förderverein unterstützt seit 2012 einzelne Projekte. Die Corona-Phase hat wie auch sonst zu Rückgängen bei den Besucherzahlen geführt, seither ist ein Wachstum wieder spürbar, wenn auch bei den Gruppenreisenden noch nicht auf dem Vorniveau.

Die Dome und Kirchen dienen kirchlichen Zwecken; bei den Domen regeln spezielle Vereinbarungen mit den Kirchengemeinden die Zusammenarbeit im Zusammenwirken von Gottesdiensten, Öffnungszeiten für Besucher, Führungen, Veranstaltungen wie Konzerte.

Besondere kulturelle bzw. kunsthistorische Höhepunkte sind im Merseburger Dom die bronzene Grabplatte für Rudolf von Schwaben von 1080, dem Gegenkönig Heinrichs IV., die unter Bischof Thilo von Trotha Ende des 15. Jahrhunderts entstandene Bischofskapelle sowie die Ladegast-Orgel aus der Mitte des 19. Jahrhunderts mit ihrem prachtvollen barocken Prospekt und natürlich die Merseburger Zaubersprüche, deren Aufnahme in das UNESCO-Weltdokumentenerbe vorbereitet wird. Im Naumburger Dom beeindruckt besonders der vom

genialen „Naumburger Meister“ um 1250 geschaffene Westchor mit dem Passionsrelief am Lettner, Stifterfiguren und bemalten Glasfenstern. Aufgrund dieses einzigartigen Ensembles von Architektur, Bildhauerkunst und Glasmalerei erhielt der Naumburger Dom im Jahre 2018 durch die UNESCO den Status eines Weltkulturerbes. Es ist die fünfte Weltkulturerbestätte in dem kulturell so reich gesegneten Land Sachsen-Anhalt. Bis 2026 entsteht gegenüber vom Dom in der ehemaligen Bischofskurie ein Welterbe-Informationszentrum. Hierfür wurden besondere staatliche Fördermittel in Höhe von fast 11 Mio. Euro eingeworben. Zum Naumburger Bestand gehört auch ein bedeutendes Archiv. In Zeitz existiert die herausragende Bibliothek des letzten katholischen Bischofs Julius Pflug.



Merseburger Dom ©Scharf

Ein aktuelles im Hinblick auf seinen Standort im Naumburger Westchor auch nicht ganz unumstrittenes Objekt stellt das Altarretabel mit dem vom Leipziger Künstler Michael Triegel gemalten Mittelteil des historischen Marien-Altars mit den von Lucas Cranach gestalteten Seitenflügeln dar. Denkmalschützern der deutschen ICOMOS-Kommission, einem Beratergremium der UNESCO, gefiel dies nicht. Die Domstifter führen dazu Gespräche mit weiteren nationalen und internationalen Fachexperten und sind zuversichtlich, dass der Altaraufsatz im Westchor verbleiben kann. Der auch in touristischer Sicht wertvolle Welterbetitel soll nicht verloren gehen. Mit dem Kulturministerium, das zugleich auch Stiftungsaufsicht über die Vereinigten Domstifter ist, besteht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der Altar hat bei den Besuchern große Zustimmung gefunden; auffällig ist der Umstand, dass ein solches Unterfangen ein so großes öffentliches Interesse erfährt. Die internationale Organisation „Fu-

ture for Religious Heritage“ wählte das neue Tafelbild 2023 als Finalteilnehmer am europäischen Wettbewerb zum Schutz religiöser Stätten aus.

Weitere Initiativen der letzten Jahre betreffen zahlreiche kulturhistorische Ausstellungen, die Zusammenarbeit mehrerer Bibliotheken in Zeitz, den Ausbau der Kinder-Dombauhütte in Naumburg sowie die Förderung der alljährlich Anfang September stattfindenden Merseburger Orgeltage usw. Die Kooperation von evangelischem Kindergarten und evangelischer Grundschule, direkt am Naumburger Dom gelegen, mit den Kinder- und Jugendchören am Dom ist beeindruckend. Die Archive und Bibliotheken der Stiftung stellen mit ihren tausendjährigen Beständen das kulturelle Gedächtnis für den Süden des Landes Sachsen-Anhalt dar und werden sukzessive im Portal Corax digital erschlossen.

Alle Vorhaben und Maßnahmen dienen der Stärkung der Anliegen der Domstifter. Dabei geht es stets mittelbar (wie bei den touristischen Angeboten) und unmittelbar (wie bei den kirchlichen Angeboten) um die geistlichen und kulturellen Aufgaben.

Das betrifft die Führungen, die Kirchenmusik, die Präsentation von (auch zeitgenössischen) Kunstschätzen, die Sanierung und Ausstattung der Kirchengebäude, und so auch die Stärkung des Naumburger Westchors mit einem Altarretabel und damit dessen Funktion als Gottesdienstraum anstelle einer zu sehr musealen Ausrichtung mit dem Fokus auf die ikonische gotische Stifterfigur der Uta von Ballenstedt. Eine Besucherin äußerte dazu: „Wir haben Uta gesucht und Kirche gefunden.“

Die Domstifter sind nicht Kirche, aber sie ermöglichen Kirche, Religion und Glauben, und fördern als Vermittler christlicher Werte den Glauben in einer glaubensarmen Zeit. Das ist den Mitgliedern des Domkapitels ein besonderes Anliegen. Die Domkirchen in Merseburg und Naumburg prägen das Bild dieser Städte, sie wirken mit ihren Angeboten in die Regionen und auch weiter ins In- und Ausland. Der Eindruck eines Dombesuchs oder Konzerts in einer der Kirchen ist tief, er erfasst auch Nichtgläubige, die sich bewegen und begeistern lassen. Damit wird die alte Tradition in die Gegenwart einer säkularisierten Welt getragen. Es geht darum, die Schätze mit Leben zu erfüllen, die Menschen anzusprechen und zugleich die Bedeutung dieser Kultur in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Prägekraft des christlichen Erbes ist hier weiter wirksam.

Dr. Harald von Bose
Mitglied des Domkapitels
Landesbeauftragter für den Datenschutz des Landes
Sachsen-Anhalt a.D.

Mehnert für Europa! Was motiviert mich für eine Kandidatur zum 10. Europäischen Parlament?

Mein großes Interesse an europäischen Themen zieht sich durch meine Biographie. Ich sehe die Europäische Union als eine Chance für unser schönes Bundesland, von den vielfältigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit in unterschiedlichsten Bereichen zu profitieren, aber auch als eine Verpflichtung, unsere gemeinsamen Werte zu verteidigen.

Europa steht vor vielen Herausforderungen: Die wirtschaftliche Entwicklung in Zeiten globaler Umbrüche, die Migration, der internationale Terrorismus, die gemeinsame Verteidigungspolitik sowie die Finanzpolitik. Eine weitere Herausforderung sehe ich im Zurückfallen auf nationalstaatliche Tendenzen. Ich bin überzeugt, dass Europa diese Herausforderungen nur gemeinsam meistern und ein besseres Europa schaffen kann, wenn es geeint ist - in Vielfalt geeint ist!

Ich möchte für das Europäische Parlament kandidieren, weil die Europäische Union mehr denn je eine starke und demokratische Stimme braucht. Ich möchte mich für die Werte einsetzen, die Europa ausmachen. Ein Europa des Friedens und der gemeinsamen Verteidigung ist wichtiger denn je. Ein Europa der Zusammenarbeit, stark und handlungsfähig! Der Ukraine-Krieg führt uns vor Augen, wie wichtig die Friedensgemeinschaft Europäische Union ist.

Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger einladen, sich einzubringen und ihnen die Vorteile der europäischen Integration vermitteln. Ich möchte mich engagieren, um Vorurteile abzubauen und Brücken zu bauen. Ein Anliegen, was auch meine Arbeit in den letzten Jahren stark geprägt hat.

Durch mein bisheriges europapolitisches Engage-

ment in der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehrenamtlich kann ich auf ein vielfältiges Europa-Netzwerk zurückgreifen. Ich bin intensiv in unserem Bundesland unterwegs, was mir sehr viel Freude macht. Dadurch kenne ich Sachsen-Anhalt sehr gut und bin gut vernetzt.

Über Ihre Unterstützung würde ich mich sehr freuen!

Ihre Alexandra Mehnert

Näheres finden Sie unter

<https://www.mehnert-fuer-europa.de/>

Meine Themen für Europa

1. Europa als Gemeinschaft für Frieden und Verständigung erhalten. Ich setze mich für eine Stärkung der EU als Friedensprojekt ein und befürworte eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, um Konflikte friedlich zu lösen. Hierzu bedarf es der Unterstützung von EU-Friedensmissionen, enger Kooperation der Streitkräfte der Mitgliedstaaten und diplomatischer Bemühungen um Konfliktlösungen.
2. Bürokratieabbau und Vertretung heimischer Interessen bei EU-Fördermaßnahmen.
3. Unterstützung der Wirtschaft durch fairen Wettbewerb und Innovation.
4. Schaffung ideologiefreier Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft.
5. Kontrollierte, qualifizierte Einwanderung und effektive Bekämpfung illegaler Migration.
6. Gemeinsame effektive Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus.
7. Nutzung kultureller Werte als Medium des Austausches und der Völkerverständigung.



Kinderliteraturtipp



Saša Stanišić
Wolf

Mit Bildern von Regina Kehn
Hamburg: Carlsen, 2023
ISBN: 978-3-55165-204-1
Preis: 14,00 €, 192 Seiten
Altersempfehlung: ab 12 Jahre

punkte hinarbeitet und verdichtet. Ellipsen und alltagssprachliche Verknappungen erzeugen einen authentischen Erzählton des kindlichen Ich-Erzählers. Schließlich werden in die Handlung Reflexionen, Erklärungen, Rückblicke eingearbeitet und immer wieder taucht das poetische Bild eines Wolfes auf, der als Personifizierung des schwelenden Konflikts gelesen werden kann.

Die Geschichte verzichtet am Ende auf eine Eskalation, die zu einer Auflösung führen kann. Sie macht aber Mut, in schweren Situationen nicht mutlos zu sein, sondern soziale Verantwortung zu übernehmen. Eindringlich, komisch und kein bisschen übergriffig – sehr zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte: Dr. Harald von Bose, Gerhard Kögel, Alexandra Mehnert, Prof. Dr. Michael Ritter, Stephen Gerhard Stehli MdL, Min. Franziska Weidinger, Jörg Uhle-Wettler,

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: Pfingsten 2024:

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.